



Zürich, 25. Januar 2023

Medienmitteilung

## **Vorberatende Kommission beantragt Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben»**

**Die Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) hat ihre Beratungen zur städtischen Mindestlohn-Initiative und zum Gegenvorschlag des Stadtrats abgeschlossen. Sie hat den Gegenvorschlag überarbeitet. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt dessen Annahme und die Einführung eines Mindestlohns in der Stadt Zürich. Die Kommissionsminderheit beantragt, die Initiative und den Gegenvorschlag abzulehnen.**

Für ihre Beratungen hörte die SK SD das Initiativkomitee sowie verschiedene Interessenvertretungen und Sachverständige an. Sie nahm die Rechtsprechung zu Mindestlöhnen zur Kenntnis, ebenso wie die Erfahrungen anderer Gemeinwesen der Schweiz und im Ausland.

### **Anträge der vorberatenden Sachkommission**

Für die Mehrheit der SK SD (SP, Grüne, AL, Die Mitte/EVP) stellt ein kommunaler Mindestlohn eine sinnvolle sozialpolitische Massnahme dar. Aus ihrer Sicht kann damit die Situation von Arbeitnehmenden in Tieflohnbranchen und von «Working Poor» in der Stadt Zürich verbessert werden, ohne dass negative Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft zu erwarten wären. Diese Koalition unterstützt den überarbeiteten Gegenvorschlag.

Die Minderheit (FDP, GLP und SVP) sieht im kommunalen Mindestlohn kein geeignetes Instrument zur Armutsbekämpfung und lehnt den regulatorischen Eingriff in den Arbeitsmarkt ab. Die Minderheit beantragt, Initiative und Gegenvorschlag abzulehnen.



### **Kommission überarbeitete den Gegenvorschlag**

Die wichtigsten Änderungen am Entwurf des Stadtrats (Anträge der Die Mitte/EVP-Fraktion) betreffen eine Übergangsfrist von zwei Jahren für Betriebe in finanziellen Schwierigkeiten sowie einen inflationsbereinigten Mindestlohnbetrag (Fr. 23.90). Der Stadtrat beantragt, Unter-25-Jährige ohne Ausbildung davon auszunehmen, damit Anreize bestehen, eine Berufsausbildung zu erlangen. Dies war in der Kommission umstritten. Die Mehrheit unterstützt diesen Vorschlag, aber beantragt, das erforderliche Ausbildungsniveau zu senken. Die Kommissionmehrheit beantragt zudem eine Bestimmung, dass weder die Arbeitnehmenden- noch die Arbeitgebenden-Seite die geplanten Lohnkontrollen dominieren darf. Ein Kostendach für die Kontrollen (Antrag der GLP) lehnt die Mehrheit ab, weil deren Ausgestaltung noch unklar ist und der Gemeinderat die Mittel jährlich budgetieren kann.

### **Volksinitiative und Antrag des Stadtrats**

Die Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» von Gewerkschaften, Hilfswerken und linken Parteien wurde im November 2020 in der Stadt Zürich eingereicht. Sie fordert einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde. Mit der Weisung [GR Nr. 2022/246](#) beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat zuhanden der Stimmbevölkerung, diese Initiative für teilungültig zu erklären und an ihrer Stelle einen Gegenvorschlag anzunehmen.

### **Hinweis an die Redaktionen:**

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Kommissionspräsident, Marcel Tobler, 078 808 05 15, sowie die Mitglieder der SK SD gerne zur Verfügung (heutige Sitzung des Gemeinderats ab 17 Uhr). Die Anträge der Kommission werden am Donnerstag, 26. Januar 2023, mit dem üblichen Ratspostversand veröffentlicht und auf der Website des Gemeinderats aufgeschaltet.